

Motion

Eindämmung des Ausgabenwachstums für die Jahre 2011 bis 2013

Die Sekundarschulpflege ist aufgefordert für den Zeitraum von 2011 bis 2013 folgende Ausgabenpolitik einzuhalten:

1. Die Summe des betrieblichen Aufwandes der Rechnung der Sekundarstufe Uster wird für die Jahre 2011 bis 2013 auf dem Niveau des Budgets 2010 zuzüglich der jeweiligen Jahreststeuerung festgelegt.
2. Nicht beeinflussbare Aufwandsteigerungen aufgrund übergeordneten Rechts sind separat auszuweisen und sollen vom Gemeinderat im ordentlichen Budgetprozess beraten werden. Die Schulpflege darf nicht über die gesetzlich vorgegebenen Minimalleistungen hinaus gehen.

Zur Erreichung eines gesunden Finanzhaushalts nach einer Rezessionsphase soll das Instrument der Ausgabeneindämmung angewendet werden. In den Jahren der stets wachsenden Steuereinnahmen und den guten Rechnungsabschlüssen haben die Begehrlichkeiten für zusätzliche Aufgaben der öffentlichen Hand ständig zugenommen. Die Ausgaben auch der Stadt Uster sind nach oben geschneit und leisten Vorschub für eine künftige hohe Verschuldung. Trotzdem darf man nicht einfach undifferenziert überall finanzielle Mittel entziehen, wenn man im Bereich der Kernaufgaben eine für die Standortattraktivität hohe Qualität aufrecht erhalten will. Gleichzeitig ist es aber auch nicht zu verantworten, der nachfolgenden Generation die Last einer hohen Verschuldung zu übertragen.

Die im Finanzplan bis 2013 prognostizierten Aufwandüberschüsse der Stadt Uster von bis zu 20 Millionen Franken und die damit drohende Eigenkapitalverkleinerung darf nicht hingenommen werden. Eine solche Finanzpolitik führt zu einer Standortschwächung. Auch die Sekundarschulpflege muss zur Eindämmung des Ausgabenwachstums beitragen. Das Ziel soll sein, das hohe Niveau bei der Bildung zu halten, jedoch generell auf Luxuslösungen zu verzichten.

FDP Fraktion
Marianne Siegrist



Wermatswil, 11. Februar 2010